

1. Bildung in Kindertageseinrichtungen	CDU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
<i>Halten Sie es für sinnvoll, den Betreuungsschlüssel in Kindertageseinrichtungen zu verbessern?</i>	Bei den angesprochenen Betreuungsrelationen nach §21 KifÖG handelt es sich um Mindestpersonalschlüssel. Das bedeutet, dass es den Trägern und Eltern unbenommen ist, bereits auf eigene Rechnung, verbesserte Personalschlüssel zu vereinbaren.	Ja, das halten wir für sinnvoll. Wir werden den, mit der Verabschiebung des KiföG eingeschlagenen Weg, der Verbesserung des Betreuungsschlüssels weiter verfolgen.	Wir halten eine Verbesserung der Betreuungsschlüssel für sinnvoll. Priorität hat für uns die Entlastung der Eltern bei den Kita-Beiträgen. Weiterhin streben wir die Einführung von Vor- und Nachbereitungsstunden für pädagogische Fachkräfte an.	Eine kontinuierliche Verbesserung ist dringend geboten, da die gegenwärtigen Personalschlüssel deutlich wissenschaftliche Empfehlungen verfehlen.
<i>Sollten Familien, die ihr Kind häuslich betreuen, eine finanzielle Anerkennung durch das Land erhalten?</i>	Nein, die Erfahrungen mit der Inanspruchnahme des ehemals bundesgesetzlich geregelten Betreuungsgeldes für den in Rede stehenden Personenkreis haben gezeigt, dass hierfür in Sachsen-Anhalt kein Bedarf besteht. In keinem anderen Bundesland war die Inanspruchnahme so gering wie in Sachsen-Anhalt.	Jedem steht es frei, sein Kind zu Hause zu betreuen oder es für eine begrenzte Anzahl von Stunden in Kindertageseinrichtungen zu geben. Nach dem SGB VIII ist es eine Aufgabe der öffentlichen Hand, Kindertagesbetreuung zu finanzieren. Wir halten ein Landesbetreuungsgeld in Sachsen-Anhalt für nicht sinnvoll.	Zur Kompensation der aus der Erziehung der Kinder für die Eltern entstehenden Kosten, fordern wir höhere Rentenansprüche für Kindererziehung und eine Ausweitung der Anrechnung von Erziehungszeiten. Ebenso schlagen wir eine Kindergrundsicherung vor. Das Landeserziehungsgeld lehnen wir ab.	Wir lehnen Pläne für ein Landesbetreuungsgeld ab.
<i>Befürworten Sie eine Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“? Wie verbindlich sollte dessen Umsetzung in den Kitas sein?</i>	Über die geltende gesetzliche Regelung hinaus gehende Regelungen zum Bildungsprogramm sind auch im Lichte der jüngsten Entscheidungen des Landesverfassungsgerichts zum KiföG aus unserer Sicht nicht erforderlich. Dass das Bildungsprogramm in regelmäßigen Abständen daraufhin überprüft werden muss, dass es noch zeitgemäß und dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand entspricht, ist eine Selbstverständlichkeit.	Wir halten das Bildungsprogramm für eine sehr gute Grundlage für die Arbeit mit Kindern. Deshalb ist das Bildungsprogramm für alle Kitas in unserem Bundesland, für die Arbeit eine verbindliche Grundlage.	Wir unterstützen eine Fortschreibung des Bildungsprogramms.	Eine Fortschreibung des Bildungsprogramms wird sicherlich bei Zeiten sinnvoll sein. Im BÜNDNISGRÜNEN Sinne etwa ist der Ansatz Kitas zu „Kinderstuben der Demokratie“ zu machen noch weiter zu stärken. Ebenso die Kinderrechtsbildung.
<i>Welches Ausbildungsprofil für die pädagogischen Fachkräfte würden Sie befürworten?</i>	Nicht jede/r ErzieherIn benötigt eine Hochschulausbildung. Sinnvoll erscheint eine Hochschulausbildung für die LeiterInnen von Kindertagesstätten	Geeignete pädagogische Fachkräfte halten wir für notwendig. Das sind neben den staatlich anerkannten ErzieherInnen alle anderen im KiföG aufgeführten Pädagogischen Fachkräfte.	Es gibt nicht das eine Ausbildungsprofil für pädagogische Fachkräfte. Wir möchten den Anteil päd. Fachkräfte mit Hochschulabschluss erhöhen und setzen auf eine Reform der Ausbildung zum /zur staatlich anerkannten ErzieherInnen.	Wir streben eine praxisorientierte dreijährige berufliche Erstausbildung für Pädagog*innen an. Diese muss über die gesamte Ausbildungsdauer einen kontinuierlichen Wechsel von Theorie und Praxis gewährleisten und diese Ausbildung ist angemessen zu vergüten.
2. Bildung in der Schule	CDU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
<i>Wie sollte ein modernes Schulsystem Ihrer Meinung nach aussehen?</i>	Die CDU spricht sich für ein modernes Schulwesen aus. Sie sieht im gegliederten, weil differenzierten Schulwesen die besten Voraussetzungen gegeben, individuelle Lernbedingungen zu fördern.	In den Schulen müssen sich alle Beteiligten als multiprofessionelles Team verstehen.	keine Angabe	Zentral sind für uns BÜNDNISGRÜNE der Ausbau im Ganztags schulbereich und die Stärkung der Gemeinschaftsschule.
<i>Wie wollen Sie den Umbau von Schulen zu sozialen Bildungs- und Lernzentren mit besseren Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, sowie deren individueller Förderung vorantreiben?</i>	Jede/r SchülerIn hat die Chance, am Beginn seiner Schullaufbahn, durch individuelle Leistungserbringung den Schulweg zu beschreiten, der seinen Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Ein differenziertes Schulwesen wird diesem Anspruch am ehesten gerecht.	Immer mehr SchülerInnen werden inklusiv unterrichtet und individuelle Förderung ist erklärter Anspruch an pädagogische Arbeit jeder Lehrkraft.	k. A.	Durch das Konzept der Ganztagschulen erhält die pädagogische Arbeit an den Schulen eine stärkere Bedeutung, gerade im Grundschulbereich muss das entsprechende Angebot ausgebaut werden.
<i>Was halten Sie von einem Ausbau der Schulsozialarbeit?</i>	Die Existenz ist durch finanzielle Mittel im Landeshaushalt zu sichern. Ob der Ausbau finanziert werden kann, ist von der jeweiligen Haushaltslage abhängig.	Der Ausbau ist erforderlich und die Finanzierung muss über den EU-Förderzeitraum hinweg gesichert werden.	k.A.	Multiprofessionelle Teams, dazu gehören natürlich auch die Schulsozialarbeit, ausreichend gut ausgebildetes Personal, sehr gute Fortbildungsmöglichkeiten und inklusive Bildungskonzepte sind unsere Eckpfeiler für Qualitätsstandards in Bildungseinrichtungen. Qualifizierungen hierzu müssen durch das Land zielgenau angeboten werden.

<i>Wie wollen Sie zukünftig zumutbare Entfernungen zum Schulstandort insbesondere im ländlichen Raum gewährleisten?</i>	Für die Zukunft kann es notwendig werden, Standorte von Grundschulen in einem Grundschulverband zusammenzufassen, um Fahrzeiten nicht unnötig zu verlängern und Grundschulen vor Ort zu halten.	Im ländlichen Raum müssen insbesondere Grundschulen leicht erreichbar bleiben. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode kurze Fahrwege mit kleinen Bussen in die Schulstandorte testen.	k.A.	k.A.
3. Förderung von Familienbildung / Elternarbeit	CDU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
<i>Wie wollen Sie den Weg der Familienförderung weiter gestalten?</i>	Familienförderung, Familienbildungsmaßnahmen, Familienbegegnungsstätten etc. fördert das Land, auf Initiative der CDU, seit Jahren.	Mit dem Familien- und Beratungsstellenfördergesetz wurden umfassende Unterstützungen für Familien festgeschrieben.	Der Dialog zwischen Politik und den Expertinnen und Experten der Familienarbeit sollte aufrechterhalten und in Zukunft intensiviert werden.	Angebote der Elternbildung, Selbsthilfe, Sprach- und Gesundheitsförderung müssen besser vernetzt werden und auch in der Fläche überall niedrigschwellig erreichbar sein. Dazu sind Kindertagesstätten hin zu Familienzentren zu entwickeln.
<i>Wie sehen Sie künftig die Rolle der Landesfamilienverbände und der Familienzentren?</i>	Das Land fördert Familienverbände durch Zuwendungsbescheide .	Sie sind Interessenvertreter der Familien und sollen diese weiterhin unterstützen.	Für die Familienverbände, dies gilt im Übrigen auch für alle überörtlich tätigen Träger der Kinder und Jugendhilfe, streben wir verlässliche Finanzierungsmodelle an.	Kindertagesstätten sollen sich hin zu Familienzentren entwickeln
<i>In welchem Maße werden Sie den bedarfsgerechten Ausbau der Familienbildungsangebote vorantreiben? Wo werden Sie Schwerpunkte setzen?</i>	k.A.	Der Ausbau der Familienbildungsangebote braucht eine stärkere Interaktion der unterschiedlichen Akteure, um die Bedarfe vor Ort besser in die Planung für Angebote aufzunehmen.	Für die kommunalen familienpolitischen Maßnahmen ist eine aufgabenbezogene Finanzausstattung der Kommunen über das FAG unerlässlich, um die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe in die Lage zu versetzen, die bereits existierenden Instrumente der Familienhilfe auch entsprechend anwenden zu können.	k. A.
<i>Wie stehen Sie zum Ausbau von Familienzentren mit Angeboten der Elternarbeit und Familienbegegnung, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Kindertagesstätten? Werden Sie das mit Investitionen unterstützen?</i>	Wir beabsichtigen , die Förderung der Familien auch in der kommenden Wahlperiode fortzusetzen.	Das Land hat im Familien- und Beratungsstellenfördergesetz die Förderung von Familienbildungsangeboten und von Investitionen in Familienzentren verankert.	Wir setzen uns für die Stärkung der „Familienbildung“ im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung wie auch in der schulischen allgemeinen und beruflichen Bildung sowie in entsprechenden Bereichen der Aus-, Fort- und Weiterbildung ein.	Wir sehen die Rolle der Familienverbänden verstärkt in diesem Bereich. Etwa als Partner in regionalen Pflege- und Gesundheitskonferenzen und bei der Erarbeitung einer Landespflegekonzeption. Die Mittel der Familienverbände für dieses auszubauende Tätigkeitsfeld wären dafür entsprechend anzupassen.
4. Armut und Teilhabe	CDU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
<i>Was werden Sie tun, um die Lebenssituation insbesondere der armen Familien im Land und ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zu verbessern?</i>	Neben den bereits existierenden Programmen, die fortgeführt werden sollen, liegt das Hauptaugenmerk weiterhin auf einer stabilen Integration dieses Personenkreises in den Arbeitsmarkt.	Alleinerziehende sollen besonders unterstützt werden. Das Landesprogramm „Familien stärken- Perspektiven eröffnen“ soll Betroffenen helfen, ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt zu finden und die Teilhabechancen erhöhen.	Die Möglichkeiten auf landespolitischer Ebene bestehen darin, die Förderungen des Landes im Bereich der familienpolitischen Maßnahmen aufrechtzuerhalten. Mit unserem Projekt Gemeinwohlarbeit wollen wir gezielt Langzeitarbeitslose in gesicherte Beschäftigung bringen.	Wir wollen beispielsweise eine Sonderförderung für Kitas in Vierteln mit besonderem Entwicklungsbedarf. Zudem eine Kindergrundsicherung, die jedem Kind unterschiedslos zusteht und es als eigenständiges Rechtssubjekt stärkt.
<i>Wie werden Sie die Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschance vorantreiben?</i>	k.A.	Da jedes Kind einen Anspruch auf einen ganztägigen Kitaplatz hat und durch die Einführung von Gemeinschaftsschulen wurde mehr Bildungsgerechtigkeit erreicht.	k.A.	Im schulischen Bereich setzen wir auf ganztägliche Gemeinschaftsschulen zur Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschancen. Längeres gemeinschaftliches Lernen und eine ganztägliche Rhythmisierung von Lern- und Ruhephasen kommt besonders Kindern aus belasteten Lebenslagen zu Gute. Gleichzeitig ist durch die weitere qualitative Verbesserung der frühkindlichen Bildung im Rahmen der Kinderbetreuung die Chancengerechtigkeit zu verbessern.

<i>Besonders im ländlichen Raum verhindert mangelnde Mobilität armer Familien Teilhabemöglichkeiten. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?</i>	k.A.	Wir brauchen einen flächendeckenden Personennahverkehr, der für alle Kinder und Jugendlichen, soweit es machbar ist, kostenfrei sein sollte. Darüber hinaus benötigen wir eine optimale Verknüpfung aller Verkehrsträger.	Es ist unser erklärtes Ziel, Mobilität und Teilhabe insbesondere junger Menschen zu stärken. Daher setzen wir uns für ganzjährig und auch in der Freizeit geltende Schüler- und Azubi-Tickets ein. Langfristig wollen wir Ideen wie den fahrscheinfreien ÖPNV stärken – ein Modell, in welchem Kinder und Jugendliche bis zur Volljährigkeit gänzlich kostenfrei fahren.	Wir wollen eine Landesförderung von Sozialtickets einrichten.
<i>Sollten alleinerziehende Erwerbstätige bei der Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder finanziell unterstützt werden, damit Familie und Beruf besser vereinbart werden können?</i>	k.A.	Sie werden bereits durch den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz unterstützt. Zusätzlich entlasten viele Kommunen die Familien bei den Kosten der Kinderbetreuung.	Ziel der Partei ist es, das Kindergeld zu erhöhen und zu einer Kindergrundsicherung auszubauen. Insbesondere brauchen Alleinerziehende eine stärkere Entlastung, z.B. in Form einer spürbaren Erhöhung des Entlastungsbeitrages. Eine längere Bezugsdauer des Unterhaltsvorschusses hält DIE LINKE ebenfalls für nötig.	k.A.
5. Arbeit mit Flüchtlingen	CDU	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
<i>Was wollen Sie dafür tun, dass sich Flüchtlingsfamilien in Sachsen-Anhalt willkommen fühlen und auch im Land bleiben möchten?</i>	Maßnahmen der Integration und des Zugangs zum Arbeitsmarkt weiter verbessert werden.	Wir halten es für wichtig, dass Kinder aus Flüchtlingsfamilien so schnell wie möglich Kindertageseinrichtungen besuchen können. Deshalb beteiligen wir uns auch an dem Programm „Willkommenskitas“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Darüber hinaus sind wir froh, dass das Land Projekte fördert, in denen Bildungs- und Familienpatenschaften organisiert werden.	Gemeinsam mit Gemeinden, Städten und Landkreisen, Flüchtlings- und Wohlfahrtsverbänden wollen wir ein Aufnahme- und Integrationskonzept entwickeln. Wir wollen die Mehrsprachigkeit in Behörden (Kommunikation, Formulare usw.) und die aktive Beteiligung der neuen Bürger in Vereinen und im Ehrenamt unterstützen.	k.A.
<i>Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Integration von Flüchtlingen und hier besonders von Kindern und Jugendlichen fördern?</i>	Migrantengruppen und Selbstorganisationen spielen bei der Integration eine wichtige Rolle. Wir wollen eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen bei den Kosten für die Betreuung/ Unterbringung	Wir halten es für wichtig, dass die jungen Menschen so schnell wie möglich die Chance zum Spracherwerb und zur Schul- und Berufsausbildung zu bekommen	Für DIE LINKE ist wichtig, dass bei der Betreuung und Unterbringung minderjähriger Flüchtlinge stets die Beachtung des Kindeswohls Vorrang hat. Während der Unterbringungszeit ist minderjährigen Flüchtlingen der Bildungszugang zu gewährleisten und Ausbildungsperspektiven zu eröffnen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt strebt an, dazu vor dem Beginn der Schulpflicht Maßnahmen zu organisieren, die Deutsch als Fremdsprache als verlässliches Angebot für minderjährige Flüchtlinge ermöglicht.	Wir setzen uns für einen Maßnahmenplan ein, durch den die Ausländerbehörden im Land zu echten Willkommenszentren weiterentwickelt werden. Dazu gehören für uns sprachlich und interkulturell qualifiziertes Personal aber auch die Schaffung von Informations- Beratungsangebote für Migranten. Der Kita und Schulbesuch von geflüchteten Kindern und Jugendlichen muss zügig gewährleistet werden. Gleichzeitig braucht es von Beginn an Sprachkurse für alle.
<i>Wie können Mitarbeitende in Kitas und Schulen in der Arbeit mit oft traumatisierten, kaum deutsch sprechenden Kindern begleitet werden?</i>	Ausreichende Kita-Plätze und Einsteigerklassen sollen gezielte Zugänge zu Sprache und Bildung ermöglichen.	Neben der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung bietet das Landesjugendamt Beratung, Unterstützung und Coaching für Fachkräfte in den Kitas an. Kitas mit besonderen Unterstützungsbedarfen können im Rahmen der „Willkommenskitas“ fachlich begleitet und beraten werden. Für Schulen wurden zwei Schulpsychologen eingestellt.	Die aufnehmenden Einrichtungen sollen möglichst in Kommunen mit guter öffentlicher Infrastruktur und bedarfsgerechten medizinischen, sozialen sowie therapeutischen Angeboten angesiedelt sein.	k. A.
<i>Was halten Sie von einer Aufhebung des Arbeitsverbots, der Vorrangprüfung und der Wartefrist, damit Ausbildungen begonnen und Arbeitsverhältnisse frühzeitig aufgenommen werden können?</i>	Wir werden die berufliche Integration mit Förder-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen vorantreiben.	Für diejenigen, die eine Bleibeperspektive haben, sollen die Verfahren ohnehin verkürzt werden. Ebenso unterstützen wir den Einsatz von Flüchtlingen in sog. Arbeitsangelegenheiten. Das Aussetzen der Vorrangprüfung halten wir für durchaus sinnvoll, z.B. in Branchen, in denen händeringend nach Fachkräften gesucht wird und für die sich aus dem Pool der Arbeitssuchenden niemand sonst findet.	Wir plädieren klar dafür, bürokratische Hürden und zugleich Instrumente der Ungleichbehandlung abzubauen. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes ein.	Arbeitsverbot, Vorrangprüfung und Wartefristen lehnen wir ab. Vielmehr muss es der Politik um eine möglichst schnelle Integration der geflüchteten Menschen in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gehen.

<p>Was halten Sie davon, den Aufenthaltsstatus bis zum Ende der Ausbildung, bzw. bis zum Erreichen des angestrebten Schulabschlusses zu verlängern?</p>	<p>k.A.</p>	<p>Wir halten das für gut, da die Flüchtlinge einen Beruf erlernen können und weil dann die Nichtbesetzung der Ausbildungsplätze sinken kann.</p>	<p>Wir wollen auf Landesebene alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Menschen ein Bleiberecht geben zu können und ihre Lebensbedingungen in Sachsen-Anhalt zu verbessern. Dazu gehören, ein Abschiebestopp von in Ausbildung bzw. Arbeit befindlichen Personen, aufzeigen frühzeitiger Perspektiven.</p>	<p>k.A.</p>
<p>Es besteht oft nur ein Anspruch auf eine eingeschränkte ärztliche Versorgung nach Genehmigung durch das Sozialamt. Wie wollen Sie die medizinische und psychotherapeutische Versorgung insbesondere von Kindern verbessern?</p>	<p>k.A.</p>	<p>Wir streben die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte an, um für Asylsuchende und Kommunen den Aufwand zu minimieren. Eine Leistungserweiterung ist aufgrund der Neuregelung im Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz bisher nicht vorgesehen.</p>	<p>Wir wollen auf Landesebene eine Karte einführen und diese vertraglich zwischen dem Land, den Kommunen und den Krankenkassen vereinbaren. Mit dieser Lösung würden die Kosten der gesundheitlichen Versorgung der Asylsuchenden weiterhin steuerfinanziert, die Verwaltung und Abrechnung liefe indes über die gesetzlichen Krankenversicherer. Das führt zu einer bürokratischen Entlastung der Sozialämter.</p>	<p>Wir wollen möglichst schnell die Gesundheitskarte für Asylsuchende und Geflüchtete einführen. Dazu hat die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bereits im letzten Jahr einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht.</p>

Gekürzt übernommen von:

<http://www.familieninfo-sachsen-anhalt.de/wahl-2016.html>

